

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.06.2022

Inhalt

EWN

1 Klimastiftung mit neuem Programm <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 29.06.2022</i>	3
2 Geht das Kernkraftwerk wieder in Betrieb? Was die Gemeinde und RWE dazu sagen <i>swp.de, 28.06.2022</i>	4

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 29.06.2022 | S. 8

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

Klimastiftung mit neuem Programm

Ungeachtet von Kritik und Plänen zu ihrer Auflösung bleibt die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV aktiv. Man schreibe ein neues Förderprogramm für Projekte der Klima- und Umweltbildung aus, teilte sie gestern mit. Demnach können etwa Vereine oder Einrichtungen bis zu 3000 Euro für Bildungsprojekte zum Klima- und Umweltschutz beantragen. Voraussetzung sei eine Beteiligung von Kindern, Jugendlichen oder jun-

gen Erwachsenen.

Die Stiftung steht in der Kritik wegen ihrer Verbindungen zur Pipeline Nord Stream 2 für russisches Erdgas durch die Ostsee. Kritiker werfen ihr vor, Klimaschutz sei als Zweck nur vorgeschoben. Seit kurzem widmet sich ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss der Stiftung. Für gestern war der Beschluss erster Be-weisanträge geplant.

Geht das Kernkraftwerk wieder in Betrieb? Was die Gemeinde und RWE dazu sagen

Im Zuge der Debatte über die Sicherheit der Energieversorgung wird auch über die Wiederinbetriebnahme angeschalteter Atomkraftwerke diskutiert. Das sagen die Gemeinde und Betreiber RWE.

„Ich würde nicht Nein sagen.“ Tobias Bühler, Bürgermeister von Gundremmingen, hätte keinerlei Problem damit, wenn das Kernkraftwerk in seiner Gemeinde wieder hochgefahren würde. Zum 31. Dezember 2021 wurde in Gundremmingen mit Block C der letzte Reaktor vom Netz genommen. Der Rückbau der Anlage läuft. Im Zuge der derzeitigen Debatte über die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland wird immer wieder über eine Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke (AKW) diskutiert. Zuletzt hatte die Südwest-CDU sich für längere Laufzeiten der noch laufenden Anlagen im Land ausgesprochen.

RWE: „Klare gesetzliche Regelung“

Seitens des Betreibers, der RWE, gibt es auf eine entsprechende Anfrage die knappe Antwort, dass man sich zu dieser Debatte nicht tiefergehend äußern werde. Nur so viel ist per Mail aus der Zentrale des Energiekonzerns in Essen zu erfahren: „Es gibt eine klare gesetzliche Regelung zur Abschaltung der Kernkraftwerke. Demnach hat Block C des KKW Gundremmingen Ende 2021 die Berechtigung zum Leistungsbetrieb verloren und befindet sich im sicheren Rückbau.“ Im Juni 2011 hatte die Bundesregierung unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima beschlossen, bis 2022

stufenweise aus der Atomkraft auszusteigen.

Keine Bedenken wegen Sicherheit

Gundremmingens Bürgermeister Bühler ist davon überzeugt, dass das Atomkraftwerk in seiner Gemeinde sicher war und ist. „Ich kenne die Sicherheitsvorkehrungen aus eigener Anschauung.“ Die Sicherheitsfrage beschäftigt ihn daher nicht, auch nicht im Hinblick auf das Zwischenlager, das sich auf dem Gelände des Atomkraftwerks befindet. Dennoch glaubt der Bürgermeister nicht daran, dass die Anlage wieder hochgefahren wird. „Dazu ist die Zeit zu weit fortgeschritten.“ Er könne nur schätzen, aber ein zweistelliger Millionenbetrag wäre dafür wohl nötig. „Und wer sollte das bezahlen? Der Betreiber? Die Steuerzahler?“ Eine solche Anlage schalte man nicht einfach wieder an, wie ein Auto nach einem Reifenwechsel.

Für Bühler steckt in der aktuellen Diskussion über die Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken viel Polemik: „Wir brauchen die Energie.“ Jeder sehe an seiner privaten Stromrechnung, wie sehr die Preise steigen. Das Hochfahren von Kohlekraftwerken sei ebenso wenig der Weisheit letzter Schluss, schon alleine aus Klimaschutzgründen.